

Leipziger Volkszeitung

Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes

Die Leipziger Volkszeitung ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen des Polizeipräsidenten Leipzig, der Amtshauptmannschaft Leipzig u. des Stadtrats zu Großsch. behördlich bestimmte Blatt

Bezugspreis mit illustrierter Beilage Volk und Zeit sowie der Kinder-Beilage, für einen Monat einschließlich Bringerlohn 2.- Mark, für Selbst- abholer 1.90 Mark. - Durch die Post bezogen 2.- Mark ohne Bestellgeld, Telefon Sammelnummer 72206 - **Postcheckkonto Leipzig Nr. 534 77**

Redaktion: Leipzig, Tauchaer Str. 19/21
Telegraphen-Adresse: Volkszeitung Leipzig
Telefon 72206. - **Verlag in Leipzig,** Tauchaer Straße 19/21 - **Telefon** 72206

Inseratenpreise: Die 10 gespalt. Kolonellzeile 35 Wfg., bei Platzvorkauf 40 Wfg., Stellenangebote 10 gesp. Kolonellzeile 25 Wfg., Familienanzeigen von Verrenteten die 10 gesp. Kolonellzeile mit 50% Nachlaß, Reklamezeile 2 Wfg. Inlerate v. ausw.: die 10 gesp. Kolonellzeile 40 Wfg., bei Platzvorkauf, 50 Wfg., Reklamezeile 2.25 Wfg.

Die Leipziger Volkszeitung erscheint täglich nachmittags mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. - Abonnementsbestellungen nehmen die Austräger, unsere Zweiggeschäfte und alle Postanstalten entgegen

Kursänderung in der Reichspolitik?

Wer hat die Führung?

Der neue Reichsinnenminister hat vor einigen Tagen in Berlin vor Vertretern der republikanischen Presse dem Willen Ausdruck gegeben, daß das Kabinett Müller einen recht langen Bestand, möglichst bis zu den nächsten Reichstagswahlen, haben möge. Dieser Wille scheint die Festsetzung der Regierungserklärung in einem so starken Maße beeinflusst zu haben, daß dadurch Anderes und Wichtigeres völlig zurückgedrängt worden ist. Daß das Zustandekommen der Regierungserklärung nach den scharfen Gegenätzen, die sich schon bei den Verhandlungen über die Regierungsbildung ergeben hatten, nicht so einfach sein werde, war vorauszusehen. Aber da immer wieder versichert wurde, daß die Sozialdemokraten in dieser Regierung die Führung hätten, und daß ihre Beteiligung selbstverständlich eine entscheidende Wendung in dem bisherigen politischen Kurs bringen werde, so mußte doch erwartet werden, daß die Regierungserklärung diese entscheidende Kursänderung einleiten werde. Aber selbst das Berliner Tageblatt muß bemerken, daß nicht nur kein radikales sozialdemokratisches Programm entrollt wird, sondern die Diagonale wird gezogen, die sich aus den widerstreitenden Wünschen der in der Regierung vereinigten Parteien ergibt. Diese Linie ist manchmal etwas zu vorsichtig gezogen.

Trotz der breiten Ausführlichkeit der Erklärung, die der Reichskanzler gestern im Auftrag seines Kabinetts verlesen mußte, enthält sie nichts, was dieser Erwartung gerecht wird. Was da über die Außenpolitik gesagt wird, das stand mit den gleichen Worten schon in früheren Regierungserklärungen, ohne daß sozialdemokratische Minister dem Kabinett angehört haben. So oft schon die Versicherung gegeben wurde, daß die deutsche Außenpolitik ihre Ziele verfolgt in dem Willen zur friedlichen Verständigung und unter Verzicht auf den Gedanken der Revanche, so hat doch die außenpolitische Betätigung der deutschen Bourgeoisie fortgesetzt den Beweis erbracht, daß sie sie ausschließlich unter dem Gesichtswinkel der Erweiterung und Befestigung ihrer ökonomischen und politischen Macht vornimmt. Wenn ihr dabei der Weg der „friedlichen Verständigung“ jezt der gegebene erscheint, so denkt sie deswegen doch nicht daran, immer und unter allen Umständen nur diesen Weg zu begehen. Die außenpolitischen Entscheidungen der letzten Jahre sind meistens von der Frage entscheidend beeinflusst worden, ob Deutschland durch sie wieder zu starker Weltgeltung kommen kann und im Falle eines Krieges genügend gerüstet und von starken Bundesgenossen umgeben dasteht.

Sozialdemokratische Führung dürfte sich nicht einfach der Außenpolitik früherer Regierungen unterordnen, und sie dürfte nicht die Behauptung hinausgehen lassen, daß die Entwaffnung Deutschlands bis zum letzten Ende durchgeführt sei. Es sind doch in den letzten Jahren in Deutschland zahlreiche Landesverratsprozesse geführt worden, in denen als Landesverräter diejenigen verurteilt wurden, die Mitteilungen verbreitet hatten, daß in Deutschland noch immer in ernstem Umfange illegal aufgerüstet wird. Die sozialdemokratische Presse hat diese berüchtigte Landesverratsjustiz scharf angegriffen. Wenn jezt ein sozialdemokratischer Reichskanzler sagt, daß die Entwaffnung bis zum letzten Ende durchgeführt sei, so klingt das fast wie eine nachträgliche Rechtfertigung dieser Justiz.

Der außenpolitische Teil enthält außer allgemeinen Wendungen sonst nichts. Der innenpolitische Teil beginnt mit den wirtschaftlichen Fragen, ohne auch hier Positives zu sagen. Von Maßnahmen gegen die Preisdiffatur der Kartelle, Trusts und Monopole wird nichts Bestimmtes gesagt. Daß nichts Besonderes dagegen unternommen werden wird, kommt jedoch deutlich darin zum Ausdruck, daß die Erklärung die Anwendung gesetzlicher Maßnahmen gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellung auf das unbedingt erforderliche Maß dadurch zu beschränken können glaubt, daß die Leitung eines Staatswesens nur „den unbedingt nötigen Ueberblick und Einblick in diese Organismen“ erhält. In der Verkehrspolitik, dem Mittelstand und der noilebenden Landwirtschaft gegenüber wird der bisherige Kurs beibehalten werden. Nach dem Teil, der der Landwirtschaft gewidmet ist, zu schließen, muß es auch nach der Auffassung dieses Kabinetts den Agrariern viel, viel schlechter gehen als den Millionen der Arbeiterschaft. Was über die Sozialpolitik gesagt wird, ist außerordentlich mager. Abgesehen von der Absicht der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens über den Achtstundentag bringt auch dieser Abschnitt nur allgemeine Sätze. Kein Wort enthält er über die gesetzliche Festlegung des Achtstundentages, die mit der Ratifizierung des Washingtoner Abkommens noch keineswegs gesichert ist. Nichts steht in ihm über die Aenderung der Schlichtungspraxis, nichts über die Verbesserung der Arbeitslosen- und Krankenfürsorge und nichts über die Erhöhung der Sozialrenten. Selbst die kleine Erleichterung, die durch eine Heraufsetzung des steuerfreien Einkommens teils schon angefündigt

wurde, kann jezt nicht durchgeführt werden. Die Widerstände der Deutschen Volkspartei waren stark genug, daß die sozialdemokratische Führung nachgab und auch diesen bescheidenen Vorstoß bis in den Herbst hinein vertagte. Aber auch dann wird wahrscheinlich kaum mit einer Regierungsvorlage gerechnet werden können, vielmehr soll durch den Antrag einer Fraktion die Entscheidung darüber herbeigeführt werden. Dieser Weg würde es den Regierungsparteien ermöglichen, diese sozialdemokratische Forderung niederzustimmen, ohne daß dadurch die Koalitionsgemeinschaft beeinträchtigt würde. Daß dieser Einfluß der Volkspartei sehr stark ist, geht auch aus den Sätzen hervor, die der Reichskanzler über die Finanzpolitik und zur Anleihefrage sagen mußte. In ihnen lehnte, wenn auch gemildert, die gleiche Kritik wieder, die die Privatwirtschaft in den letzten Monaten an den Gemeinden und öffentlichen Körperschaften geübt hat, und die von der Sozialdemokratie stets zurückgewiesen worden ist.

Das Zentrum, das nur einen Verbindungsmann in der Regierung hat, dürfte mit der Formulierung dessen, was über die Schule gesagt wird, einverstanden sein. Wird doch ausdrücklich gesagt, daß bei der noch vorgesehenen reichsgesellschaftlichen Lösung der Schulpolitik „das Recht der Religionsgesellschaften bezüglich des Religionsunterrichts zu wahren“ ist.

Wenn die Reihe an die Reichswehr kommt, dann wird die

Erklärung noch positiver. Daß es das Ziel dieser Regierung ist, die Fragen der Wehrmacht so zu behandeln, daß jeder Deutsche stolz auf sie ist und in ihr nur einen Schützer und Helfer sieht, kann wohl nicht als ein besonderer Erfolg der sozialdemokratischen Führung betrachtet werden. Daß aber die Regierung im Vorhinein diese Reichswehr im Rahmen ihrer Aufgaben, der bestehenden Verträge und nach Maßgabe der finanziellen Kräfte mit allen für ihre Aufgaben notwendigen Mitteln ausstatten will, daß muß die unnahgiebige Opposition der sozialdemokratischen Partei auslösen.

Alles in allem: Die Regierungserklärung ist der erste Beweis dafür, daß trotz der Teilnahme der Sozialdemokratie an dieser Regierung eine entscheidende Kursänderung kaum zu erwarten ist. Da nach der Regierungsbildung ausdrücklich festgestellt wurde, daß die Fraktionen nicht gebunden sind, also auch die sozialdemokratische Reichstagsfraktion freie Hand hat, so muß gefordert werden, daß ihre Redner zu der Erklärung sagen, was Sozialdemokraten, die im Auftrage der Arbeiterschaft reden, eben zu sagen haben. Und es muß weiter erwartet werden, daß dieses Kabinett von der Reichstagsfraktion der Sozialdemokratischen Partei wirklich nur als ein Notstand angesehen wird. Wer diese Regierung als etwas anderes angesehen hat, dem wird hoffentlich die Regierungserklärung von seinen Illusionen befreien.

Ein Amnestie-Kompromiß

Die Amnestie

SPD Die Führer der Reichstagsfraktionen und deren juristischen Sachberater traten am Dienstag unter dem Vorhitz des Reichsjustizministers Koch zur Beratung der Amnestiefrage zusammen. Die Verhandlungen werden am Mittwoch fortgesetzt, da bisher eine Verständigung nicht erzielt werden konnte.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm am Dienstag einen Bericht über die Amnestieverhandlungen entgegen und billigte die Stellungnahme ihrer Unterhändler.

Der Rechtsausschuß des Reichstages trat am Dienstag nach dem Plenum zu seiner konstituierenden Sitzung zusammen. Er wählte zum Vorsitzenden den volksparteilichen Abgeordneten Dr. Kahl, zu seinem Stellvertreter den Abgeordneten Landsberg (Soz.). Die nächste Sitzung des Ausschusses findet am Donnerstagvormittag statt. Man hofft dann in die sachliche Beratung der Amnestiefrage eintreten zu können.

Neuregelung der Ehescheidung

Wie der Demokratische Zeitungsdienst mitteilt, wird im Reichsjustizministerium die Frage der Ehescheidung mit Beschleunigung bearbeitet. Die Ehescheidungsreform ist zwar im Regierungsprogramm nicht besonders erwähnt worden, doch trägt sich Reichsjustizminister Koch-Weser mit der Absicht, dem Kabinett und den gesetzgebenden Körperschaften im Herbst dieses Jahres eine Vorlage über die Ehescheidung vorzulegen, in der an Stelle des Verschuldungsprinzips das Zerrüttungsprinzip gesetzt werden soll.

Die Aussprache über die Regierungserklärung

Als Redner für die Aussprache über die Regierungserklärung sind von den einzelnen Fraktionen folgende Abgeordnete bestimmt worden: Für die Deutschnationalen Graf Westarp und Dr. Oberführer, für die Deutsche Volkspartei Dr. Scholz, für die Bayerische Volkspartei Leitz, für das Zentrum Dr. Siegerwald, für die Demokraten Dr. Haas und für die Kommunisten Ewert. Die Wirtschaftspartei wird durch den Abgeordneten Drewitz eine Erklärung abgeben lassen.

Die kommunistische Reichstagsfraktion wird am Mittwoch als erste Fraktion des Reichstages einen Mißtrauensantrag gegen die Reichsregierung einbringen.

SPD Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wählte am Dienstag an Stelle ihres bisherigen Vorsitzenden Hermann Müller-Franken, dem der Dank der Fraktion für seine langjährige und erfolgreiche Tätigkeit als Fraktionsvorsitzender ausgesprochen

wurde, einstimmig die Abgeordneten Breitscheid, Dittmann und Wels zu geschäftsführenden Vorsitzenden.

In der politischen Debatte werden die Abgeordneten Breitscheid und Kuffhäuser als Vertreter der Fraktion sprechen.

Die Zentrumsfraktion

Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß am Dienstag, die Wahl ihres Fraktionsvorstandes auf den Herbst zu vertagen. Bis dahin wird der bisherige Fraktionsvorstand die Geschäfte der Fraktion führen.

Volkspartei und Demokraten

Die am Sonntag abgehaltene Tagung der Liberalen Vereinigung hat Anlaß dazu gegeben, daß jezt mehr noch der Gedanke der Gründung einer „großen liberalen Partei“ wieder diskutiert wird. Jezt nimmt auch die Nationalliberale Korrespondenz, das Organ der Deutschen Volkspartei, zu dieser Frage Stellung. „Sie lehnt eine Verschmelzung der Deutschen Volkspartei mit der Demokratischen Partei ab. Das Blatt weist auf den Beschluß des Zentralvorstandes am 28. Mai 1925 hin, in dem die Beteiligung an Vereinigungen, die eine eigene Parteibildung anstreben, oder vermöge ihrer organischen Einrichtungen zu einer solchen führen müssen, entschieden abgelehnt wird. Eine Fusion mit der Demokratischen Partei“, so schreibt das Blatt, „kann für die Deutsche Volkspartei nicht in Betracht kommen. Selbst wenn große Teile dieser Partei noch vom liberalen Gedanken getragen sind, bleibt immer ein starker Flügel übrig, der unter dem Kommando der Großstadtpreffe steht. Mit solchen Kreisen gibt es keine Verschmelzung; sie werden nicht eher ruhen, bis diese linksdemokratische Gruppe bei der Sozialdemokratie gefandelt ist, so wie es einstmals unter Johann Jacoby und unter Rudolf Breitscheid geschehen ist. Was dann an liberalen Bestandteilen übrigbleibt, was auch an liberalen Wählern heute in wirtschaftlichen Gruppen vorhanden ist — das alles wird eines Tages in einer starken Deutschen Volkspartei den Kristallisationspunkt des freiheitlich-nationalen Bürgertums erblicken.“

Eine starke Deutsche Volkspartei als Sammelboden des freiheitlich gesinnnten deutschen Bürgertums — da kann ja dann der deutschen Freiheit nichts mehr fehlen!

Mexiko

WIZ Mexiko-Stadt, 3. Juli.

Es wird berichtet, daß 80 Aufständische, darunter zwei katholische Priester, gestern in Kämpfen mit Regierungstruppen im Staate Jalisco getötet worden sind.

Tornado in Nordamerika

Wie aus Johnston (Kalifornien) gemeldet wird, richtete dort ein Tornado großen Schaden an. Vier Personen wurden getötet, 15 schwer verletzt. Sechs Personen werden noch vermisst.